

AStA

Studentenschaft der Fachhochschule Frankfurt am Main

Körperschaft des öffentlichen Rechts

ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS

AStA Fachhochschule, Kleiststr. 1, 6000 Ffm

Kleiststr. 1

6000 Frankfurt / Main 1

Telefon: 069 / 557589

069 / 1533-239

R E F E R A T

-/-

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Datum

19.05.'87

Liebe Leute,

wir würden uns sehr freuen, euch zur nächsten LANDESASTENKONFERENZ hier in Frankfurt begrüßen zu können!

ORT : Café Kurzschluss
Campus FH
Kleiststraße
6000 Frankfurt 1

TERMIN : 27. Mai '87, 14.00 Uhr

VORSCHLAG ZUR TO: TOP 1: Berichte aus den Asten
TOP 2: Verschiedenes
TOP 3: Diskussion um die Ergebnisse der
AG's zum HHG/HRG
TOP 4: offen

Antrag des AStA der FH Ffm: Die LAK möge anlässlich der ersten Lesung des Hochschulgesetzes am 10. Juni '87 zu einer landesweiten Demo in Wiesbaden aufrufen; die Asten werden aufgefordert, diesbezüglich zu mobilisieren.

Mit libertären Grüßen



Bankkonto:

Frankfurter Sparkasse von 1822
BLZ 50050201, Kto-Nr. 375543

Postscheckkonto:

Postscheckamt Frankfurt/Main
BLZ 50010060, Kto-Nr. 1078 65-604

Positionspapier:
Staatliche Repressionen am Bei-
spiel der aktuellen Hochschulge-
setzgebung; AstA fh Frankfurt

Noch im Laufe dieses Sommers passt die hessische Landesregierung das HESSISCHE HOCHSCHULGESETZ (HHG) an das HOCHSCHULRAHMENGESETZ (HRG) an. Aber mensch darf die Hochschulgesetzgebung nicht isoliert betrachten, sondern in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang. Denn das Ziel von HRG und HHG ist die Ausschaltung der auch heute bereits viel zu geringen Mitspracherechte der Studenten/innen, um die Macht der Professoren noch weiter zu vergrößern. Damit werden die autoritären und hierarchischen Strukturen, welche in einem kapitalistischen System seit jeher vorherrschen, stabilisiert und ausgebaut. Auch die letzten Träumer, die glauben, wir würden in einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie leben, sollten langsam aufwachen.

Betrachten wir die Vernetzung dreier wesentlicher Faktoren in den gesellschaftlichen Strukturen der BRD: Das Kapital-Hochschule, Wissenschaft und Forschung-die Parlamente.

In der kapitalistisch organisierten Wirtschaft der BRD brauchen die Unternehmen Arbeitskräfte mit möglichst hohem Fachwissen, jedoch nur auf dem Gebiet auf dem sie eingesetzt werden sollen, denn die Unternehmen stellen ausschließlich Arbeitskräfte ein, die dem hohen Ziel des Kapitalismus, der Profitmaximierung, dienlich sind. Kritisches Nachdenken über gesellschaftliche Zusammenhänge oder die Auswirkungen des fachlichen Tuns ist dabei fehl am Platze, also braucht mensch es auch nicht erlernt zu haben b.z.w. nicht können. Um das zu gewährleisten brauchen die Unternehmer Hochschulen, die solche Aparatschiks produzieren und dem kapitalistischen Verwertungsprozess zur Verfügung stellen. Deshalb dürfen an den Hochschulen keine Gesetzes- ("frei")räume existieren, sie müssen vielmehr den Entscheidungsstrukturen, die in den Unternehmen vorherrschen, angepasst sein. So sieht das HRG ja auch die absolute Professorenmehrheit in den Hochschulgremien vor. Können die Professoren erst einmal "frei" ent-

scheiden, werden die Hochschulen zu reihen Dienstleistungsunternehmen verkümmern, mit dem Zweck der Industrieforschung, denn welcher Professor hat keine Beraterverträge bei mindestens einem Unternehmen der "freien" Wirtschaft, dem er "mal was Gutes" tun will. Deshalb muß also der Gesetzgeber Gesetze erlassen, die der "Freiheit" von Wissenschaft und Forschung dienlich sind. Darüber hinaus wird durch die Eröffnung der Möglichkeiten nach Drittmittelforschung, der Einführung von Sonder- und Aufbaustudiengängen, Einführung von Praxissemestern, die Studiensituation und der daraus resultierende Leistungsdruck verschärft.

Wen diese Maschinerie nicht kaputt macht, der bekommt den Knüppel zu spüren (durchaus auch im übertragenen Sinne: Extremistenerlaß, Berufsverbote, Kahlschlag von Ausbildungsförderung und Sozialleistungen etc.pp.).

Seit Mitte der 70er Jahre werden die, ohnehin minimalen, Rechte der Studenten und anderer gesellschaftlicher Gruppen abgebaut. Der Studentenschaft wurde ein allgemeinpolitisches Mandat prinzipiell nicht zugebilligt. Über die Schiene der Mittelkürzungen werden die Allgemeinen Studentenausschüsse nun auch noch in ihrem, ohnehin begrenzten, Aktionsradius beschränkt (in Bayern und Baden-Württemberg). Nun stellt sich uns die Frage, wann es in Hessen und den anderen Bundesländern soweit sein wird.

Wir denken, daß Gesetzesnovellierungen nicht dazu dienen sollten, den kapitalistischen Macht- und Profitinteressen Vorschub zu leisten, sondern die politische Autonomie der Hochschulen zu schaffen. Jedoch ist es ein Paradoxon, eine Autonomie der Hochschulen in einem System zu erwarten, für das es selbstverständlich und zwingend notwendig ist, Repressionen als Garantie fürs Überleben auszuüben. Neben dem daraus erwachsenden täglichen Abwehrkampf, der ein absolutes Muß für jede/n sein sollte, darf nicht die Perspektive der konkreten Utopie verloren gehen. Oder wissen wir etwa nicht mehr wie wichtig die konkrete Utopie ist ?